

**Haushalt 2016  
Aktualisierung des Haushaltsplanentwurfes  
Anpassung der Personalauszahlungen 2016**

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20/ V 05507**  
2 Anlagen

**Bekanntgabe im Verwaltungs- und Personalausschuss vom 13.04.2016**  
Öffentliche Sitzung

**I. Vortrag des Referenten**

Im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts 2016 in der Vollversammlung am 16.12.2015 kam die Frage auf, wie im Detail die vorgenommenen Kürzungen speziell im Personalhaushalt zustande kamen.

Die Stadtkämmerei sagte in der Sitzung zu, den Stadtrat in Form einer Bekanntgabe hierüber im Detail zu informieren.

Die Anpassungen bei den Planansätzen für die Personalauszahlungen erfolgten in einem Gesamtkontext, den ich mit dieser Vorlage gerne erläutere.

Bei den Vorarbeiten zur Erstellung des Haushaltsplanentwurfes 2016 kam es aufgrund der Meldungen im September 2015 zu einer Verschlechterung der Rahmendaten, die die Stadt zu einer raschen Reaktion zwangen, sollte die Genehmigung des Haushalts 2016 nicht gefährdet werden. Auf der Einzahlungsseite mussten Reduzierungen um etwa 294 Mio. € (SWM Gewinnausschüttung, Gewerbesteuer) berücksichtigt werden. Auf der Auszahlungsseite meldeten die Referate zusätzlich 450 Mio. € an. Auf die Personalauszahlungen entfielen davon rund 120 Mio. €.

Durch diese Entwicklungen hätte sich der Finanzmittelbestand 2016 um über 800 Mio. € reduziert. Es errechnete sich für das Jahresende 2016 ein negativer Finanzmittelbestand in Höhe von 584 Mio. €. Damit war ein umgehendes Gegensteuern nötig.

Bei den Personalauszahlungen mussten die Anmeldungen, die zu diesem Zeitpunkt eine Gesamtausweitung 2016 von 210 Mio. € erreicht hatten, um 25 Mio. € reduziert werden.

In verwaltungsinternen Gesprächen ist es dem Oberbürgermeister bzw. der Stadtkämmerei in Zusammenarbeit mit dem Personal- und Organisationsreferat gelungen, den Personalhaushalt einvernehmlich um 7,3 Mio. € anzupassen.

Mit kreativen Lösungen gelang es darüber hinaus, mit möglichst geringen Auswirkungen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, weitere 14,6 Mio. € (58 %) einzusparen.

Hierbei wurden die Planmittel für neu eingerichtete Stellen angepasst, was keinerlei Auswirkungen auf die Handlungsfelder der Referate und Dienststellen hatte. Das heißt, vom Stadtrat beschlossene Kapazitätsausweitungen wurden nicht mehr mit den vollen Beträgen veranschlagt, weil davon auszugehen ist, dass die Einrichtung und Besetzung neuer Stellen erst im Verlauf des Jahres erfolgen wird.

Im Einzelnen wurden die Kapazitätsausweitungen aus Beschlüssen bis einschließlich Juli 2015 nur mit 90 % veranschlagt, was rund 4,3 Mio. € Entlastung brachte. Bei Ausweitungen aus Beschlüssen ab August 2015 wurden nur 60 % finanziert, weil davon auszugehen ist, dass die Einrichtung und Besetzung der Stellen im Durchschnitt erst gegen Mitte 2016 erfolgen werden. Hier konnten noch einmal etwa 5,3 Mio. € ausgebucht werden.

Da es entsprechend der Erfahrungen auch bei den Schulen und in der Kinderbetreuung eine Differenz zwischen Planansatz und Mittelverbrauch gibt, konnte im Benehmen mit dem RBS der Planansatz dort um weitere 5 Mio. € abgesenkt werden. Zu Einschränkungen kommt es dabei weder in Schulen noch in der Kinderbetreuung. Aufgrund der üblichen Vakanzen werden die Planmittel nicht in voller Höhe benötigt.

Nach diesen Anpassungen waren von den zu reduzierenden 25 Mio. € noch 3,1 Mio. € offen, die von den Referaten zu erbringen waren.

Um den Referaten größtmögliche Flexibilität bei der Umsetzung und genügend Raum für Schwerpunktsetzungen zu geben, wurde ihnen freigestellt, generell unbesetzte Stellen und unbesetzte Stellenanteile in dieser Größenordnung zu benennen.

Im Vollzug der vorgenannten Maßnahmen haben die Referate bis heute 81 VZÄ (Vollzeitäquivalente = Stellen auf Vollzeit umgerechnet) aus bereits gefassten Beschlüssen zurückgenommen. Dem Vorschlag entsprechend wurden darüber hinaus unbesetzte Stellen und Stellenanteile in Höhe von 100 VZÄ benannt.

Die entsprechenden Kapazitäten (inkl. Beträge) sind in der Anlage 1 (aus Beschlüssen zurückgenommene 81 VZÄ) bzw. in der Anlage 2 (aus dem Bestand zurückgenommene 100 VZÄ) ersichtlich.

Soweit ein Kapazitätenbeschluss vorliegt und eine „Herausrechnung“ im obigen Sinne nicht erfolgt ist, können die Stellen unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben (Vorläufige Haushaltsführung nach Art. 69 GO) eingerichtet und besetzt werden.

## **Fazit**

Gemessen an der vorgesehenen Gesamtausweitung der Personalauszahlungen 2016 um 210 Mio. € handelt es sich bei den realen Anpassungen in Höhe von ca. 10,4 Mio. € um eine Reduzierung von weniger als 5 %. Der Personalhaushalt erfährt dabei immer noch eine Ausweitung um 185 Mio. €. In den Jahren 2014 und 2015 lag die Gesamtausweitung im Haushalt bei 63,3 Mio. € bzw. 49,9 Mio. €.

Diese Steigerungen sind nicht nur die Antwort auf die wachsende Stadtgesellschaft, sondern auch Ausdruck der Fürsorge gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Als besonderes Beispiel ist in diesem Zusammenhang die verbesserte Vergütung im Sozial- und Erziehungsdienst zu nennen, die allein mit 14,4 Mio. € jährlich zu Buche schlägt.

Sollte es trotz der nicht unerheblichen Personalzuschaltungen zu Engpässen kommen, sind primär die Führungskräfte vor Ort gefordert, Sorge dafür zu tragen, dass durch Prioritätensetzung mit den vorhandenen Ressourcen die notwendigen Leistungen erbracht werden können.

Der Korreferentin des Personal- und Organisationsreferates, Frau Stadträtin Messinger, sowie der zuständigen Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Pfeiler, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## **II. Bekanntgegeben**

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/in  
Ehrenamtliche/-r Stadtrat/rätin

Dr. Böhle  
Berufsmäßiger  
Stadtrat

**III. Abdruck von I. mit II.**  
über den Stenographischen Sitzungsdienst  
an das Direktorium – Dokumentationsstelle  
an das Revisionsamt  
an die Stadtkämmerei  
z.K.

**IV. Wv. Personal- und Organisationsreferat, P 3.1**